

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 10

Rubrik: Moskauer Befunde : Partei und Opposition in der Sowjetunion

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Moskauer Befunde

Die folgenden Beiträge übernehmen wir aus der monatlich erscheinenden deutschsprachigen Ausgabe (Mai 1990) von «Moskowskije Nowosti» in gekürzter und sprachlich geraffter Form.

Partei vor der Spaltung

Was geschieht *mit* der KPdSU? Was geschieht *in* der KPdSU? Diese Fragen bewegen die sowjetische Öffentlichkeit, selbst jenen Teil, der nicht daran glaubt, dass die Kommunistische Partei imstande sei, wieder politische Führungskraft zu werden.

Die Wahl Michail Gorbatschows zum Präsidenten und die Bildung des Präsidialrates verlagerten offiziell das Zentrum der exekutiven Macht vom Sitz des ZK der KPdSU am Staraja Ploschtschad in den Kreml. Die Verlagerung wirkte sich so stark aus, dass sogar in der Parteipresse die wöchentliche Rubrik «Aus dem Politbüro» verschwand. Das führte zu diversen Gerüchten.

Inzwischen dauert in der KPdSU die Diskussion vor dem für Anfang Juli geplanten Parteitag an. Sie verläuft unter ungewohnten Umständen, weil es zwei Plattformen gibt: die offizielle ZK-Plattform und die alternative Demokratische Plattform.

Verschärft wird die Situation durch die Spaltung in den Kommunistischen Parteien der baltischen Republiken, durch das Aufkommen neuer Parteien (so der Liberaldemokratischen Partei und der Christlichdemokratischen Bewegung) sowie durch die immer lauter werdende Kritik (*an der KPdSU*) aus verschiedenen Gesellschaftsschichten. *mn*

Mehrparteiensystem ist bereits Realität

Ein Gespenst geht um in der UdSSR, das Gespenst des Mehrparteiensystems.

Es ist damit zu rechnen, dass die Demokratische Plattform sich noch vor dem 28. Kongress der KPdSU als selbständige Institution formiert. Mehr noch: Wie eine Selbstverständlichkeit haben unsere Zeitungen vor kurzem gemeldet, in Moskau seien zwei neue Parteien gegründet worden, die Liberaldemokratische Partei und die Christlichdemokratische Bewegung Russlands. Also keine dissidentischen Traumbilder, sondern durchaus konkrete Keime eines durchaus realen Mehrparteiensystems.

Die sowjetische Innenpolitik bleibt jedoch in ihren Hauptausrichtungen eine Einparteienpolitik, womit sie sich selbst und die Gesellschaft insgesamt vor Probleme stellt.

Der «litauische Knoten» ist da besonders anschaulich. Glaubt man einer vor kurzem durchgeführten Umfrage, so ist der populärste Politiker Litauens nicht dessen Parlamentspräsident, Vytautas Landsbergis, sondern Algirdas Brazauskas, der Leiter der selbständigen KP Litauens. Im Ton, mit dem die zentralen Massenmedien die Ergebnisse dieser Umfrage mitteilten, schwang so etwas wie ein Vorwurf an die litauischen Parlamentarier durch, wieso nicht der richtige Mann auf den höchsten Posten der Republik gewählt worden sei.

Der Vorwurf ist aber wohl an die falsche Adresse gerichtet. Ende 1989, als Brazauskas versuchte, der Perestrojka in Litauen eine selbständige KP voranzustellen, wurde er aus Moskau mit Beschuldigungen überschüttet. Nun würde man in Moskau gerne den «widerspenstigen Kommunisten» Brazauskas die Republik leiten sehen; es ist aber zu spät. So ist der Preis des Selbstbetrugs, der dazu noch jenen aufgezwungen wird, die die politische Situation nüchterner betrachten.

Ich für meinen Teil meine, die Einwohner Litauens sollten selber entscheiden, wer das moralische und politische Recht hat, das Republikschiff zu steuern, der Leiter von Sajudis oder der Leiter der Kommunisten. Jene in Moskau aber, welche die zweite

Variante vorgezogen hätten, haben alles getan, um diese Partie zu verlieren.

Das Einparteiendenken ist ein verstaatlichtes Denken. Wenn Soldaten Gebäude «befreien», auf deren Besitz verschiedene Parteien Anspruch erheben, vermag keinerlei juristische Begründung die Anhänger der soldatenlosen Parteien glauben zu machen, dass die Armee in der UdSSR der ganzen Gesellschaft dient und nicht einer einzigen Partei, die sich selbst mit dem Staat identifiziert.

Wenn ich jetzt vor dem Parteitag viele Mitglieder darüber diskutieren höre, was die Grundorganisationen an Mitgliederbeiträgen behalten dürften und ob man die Bezirkskomitees nicht besser auflösen sollte, scheinen sich mir solche Themen in den alten Illusionen zu verlieren. Hat man nichts davon gehört, was in Osteuropa geschehen ist? Weiss man nicht, was im eigenen Land vor sich geht? Versteht man nicht, dass das Mehrparteiensystem unausweichlich geworden ist?

Im Sacklaufen siegt nicht der bessere Läufer, sondern der sackkundigere. Wir waren geübte Hüpfen im Einparteiensack. Aber jetzt wird jener siegen, der auf freien Füßen laufen kann.

Vitali Tretjakow
Stellvertretender MN-Chefredaktor

Demokratische Plattform

Im April 1989 wurde der Moskauer Parteiclub gegründet, der erste in der UdSSR. Einige Monate lang wollten wir die Einberufung eines ausserordentlichen Parteitags realisieren. Aber es wurde uns klar, dass wir die erforderlichen zwei Millionen Unterschriften von Kommunisten dafür nicht zusammenbringen würden, und wir beschlossen, das Szenarium zu ändern.

Es hatte keinen Zweck, die ehernen offiziellen Strukturen beeinflussen zu wollen. Wir schufen alternative Strukturen und eine eigene Vereinigung in der Partei, die Demokratische Plattform.

Am 20. und 21. Januar 1991 fand eine Unionskonferenz statt, auf der unser Block innerhalb der KPdSU seine Organisationsform erhielt.

In dieser Phase schlossen sich der Demokratischen Plattform (PD) etwa 100 000 Kommunisten an. Von den Delegierten an der Gründungskonferenz kamen 40 % aus Wissenschaft und Forschung, 20 % aus der Industrie, 20 % aus den Reihen der hauptberuflichen Parteifunktionäre, 5 % aus der Arbeiterschaft und so weiter. 60 % der Delegierten gehörten seit mindestens zehn Jahren der Partei an.

Zurzeit registrieren wir unsere Anhänger, ob KPdSU-Mitglieder oder nicht. Demokratische Vereinigungen und Parteiclubs bestehen nun in allen 15 Unionsrepubliken und in über 100 Städten. Dem Unionskoordinierungsrat (Vorstand) gehören 57 Personen an. «Demokratische Plattform» heisst auch unsere Zeitung; sie hat zurzeit eine Auflage von 50 000 Exemplaren.

Wir haben ein Projekt (Richtlinienpapier) verfasst, das unter anderem von der «Prawda» veröffentlicht wurde. Es wird in der Partei schon deshalb lebhaft besprochen, weil das Februarplenium des ZK einen anderen Entwurf, die ZK-Plattform der KPdSU zum 28. Parteikongress, angenommen hatte.

Zwischen den beiden Plattformen gibt es grundsätzliche Unterschiede. Ich erwähne hier die wichtigsten aus unserer Sicht.

- Weil demokratische Umgestaltung nur von einer demokratischen Vereinigung durchgeführt werden kann, lehnen wir den sogenannten «demokratischen Zentralismus» ab. Theoretisch enthält er die Information von oben nach unten bei gleichzeitiger Wählbarkeit von unten nach oben, aber praktisch verwirklicht er bloss das Prinzip «Divide et impera». Die Grundorganisationen werden getrennt voneinander gehalten und haben keine Möglichkeit zur gemeinsamen Willensbildung; man weiss nicht einmal, was in der Nachbarsektion vor sich geht. Über den Grundorganisationen erhebt

sich eine vielstöckige Herrschaftspyramide bis hinauf zu Politbüro und Generalsekretär. Die Demokratische Plattform tritt demgegenüber für horizontale Vereinigungen unten ein und für einen radikalen Abbau des Parteiapparats.

- Wir setzen uns aber nicht nur für innerparteiliche Demokratie ein, sondern auch für demokratische Beziehungen zwischen unterschiedlichen politischen Parteien, für einen politischen Pluralismus ohne Vorbehalte.

- Die Demokratische Plattform stellt fest, dass die marxistisch-leninistische Ideologie in einer tiefen Krise steckt. Sogar wenn man von den Verzerrungen der sowjetischen Marxismus-Version absieht, ist es unserer Meinung nach heute nicht mehr möglich, sich nur von der Lehre der Klassiker leiten zu lassen. Es braucht neue Ideen, neue Namen und neue Konzeptionen.

- Die Demokratische Plattform wendet sich gegen den Stalinismus, gegen nationalistischen Patriotismus und gegen rein bürgerlich-kapitalistische Ideen. Unser Ziel ist ein demokratischer Sozialismus, ein Sozialismus mit menschlichem Gesicht. Das entspricht dem Programm, das der internationalen sozialdemokratischen Bewegung und dem sozialistischen Internationalismus zugrunde liegt.

*Ilja Tschubais
Mitglied des Koordinierungsrates*

Umfrage über die KPdSU

Das Moskauer Allunionszentrum für Meinungsforschung wiederholt im Februar 1990 seine vorjährige Umfrage zur Bewertung der KPdSU durch die Bevölkerung. Durch die Stichproben erfasst wurden 2500 Personen.

Für 80,7 % der Befragten ist das Ansehen der Partei in der fraglichen Periode gesunken. 35 % (23 % im März 1989) verweigern der Partei jedes Vertrauen. 40 % sehen eine Spaltung der Partei und 34 % ihren Verfall. 51 % sehen die programmatischen Ziele der Partei als nicht realisierbar, nicht mehr aktuell oder praxiswidrig an. 12,3 % halten das Vertrauen in die KPdSU für nicht wiederherstellbar.

Über 60 % stimmen ganz oder teilweise der Meinung zu, dass die Partei das Land auf einen falschen Weg geführt hat; fast 90 % sind der Ansicht, dass sie die Entwicklung gehemmt hat. Über 75 % machen die Parteiführung für die gegenwärtige Krise im Land verantwortlich.

Der Meinung, dass die Parteiorganisationen in Betrieben und Institutionen die Ansichten und den Willen der einfachen Mitglieder widerspiegeln, stimmen lediglich 5,8 % der Befragten zu.

20 % sind für die Auflösung und 52 % für die Weiterführung der KPdSU; 42 % sind für die Abschaffung und 38,4 % für die Beibehaltung der Parteiorganisationen in den Betrieben.

Die Rangfolge der *positiven* Einschätzung von Parteiführern lautet: Michail Gorbatschow (54 %), Nikolai Ryschkow (38 %), Boris Jelzin und Eduard Schewardnadse (je 12 %).

Die Rangfolge der *negativen* Einschätzungen von Parteiführern lautet: Jegor Ligatschow (30 %), Boris Jelzin (11 %) und Michail Gorbatschow (9 %).

Juri Lewada und Leonid Gudkow



«Machen Sie sich keine Sorgen, Sir. Wenn es ein Fehler ist, wird der neue König Sie bestimmt rehabilitieren.» («Literaturnaja gazeta», Moskau, Nr. 26/1989)



«Na, und wie geht es dir?» («Literaturnaja gazeta», Moskau, Nr. 26/1989)